

Aggiornamento subito

Nach dem Kölner Gutachten: Wenn die Kirche sich nicht ändert, droht ihr der Zerfall.

Appell eines verzweifelnden Katholiken | Von Carl Kau

Jedem steht es frei, die biblische Heilsvision Christi anzunehmen oder eben nicht. Die katholischen Weggefährten haben persönlich und völlig hierarchielos den unmittelbaren, neutestamentlichen Auftrag, bekennend zu sein, die Frohe Botschaft zu verkünden und tätige Nächstenliebe zu üben.

Ja, es gibt unbestritten auf dieser Glaubensbasis sehr viel Gutes in der Welt und den Gemeinden vor Ort. Erst recht gibt es keinen Grund für pauschales Priester-Bashing.

Verfolgt man aber das Geschehen der letzten Jahrzehnte und insbesondere die Entwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts, erschreckt das aktuelle Erscheinungsbild der Amtskirche. Speziell die katholischen Hirten irritieren die eigene, ihnen bloß anvertraute Herde bis ins Mark. Die aktuelle Austrittswelle gleicht einem Exodus. Wenn die katholische Kirche jährlich eine Million Gläubige durch Tod und Austritt verlieren sollte, wären die Reihen und Steuersäcke in zwanzig Jahren leer, denn Nachwuchs ist allseits ein Problem. Dies darf nicht simpel als hinnehmbare, aktive Absetzbewegung derjenigen gewertet werden, auf die man ruhig verzichten kann, um mit dem Rest der Verbliebenen durch die Wüste zu zie-

hen. Es wird umgekehrt von vielen bisher Getreuen schmerzhaft als katholische Vertreibung aus der langjährigen religiösen Heimat empfunden.

Und das übrige Publikum steht abseits und staunt. Dabei hatten Kirche und deren Vertreter lange einen hohen Stellenwert in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Auch heute wird sie eigentlich als moralische Instanz, Vermittlerin des Glaubens und seelsorgerische sowie caritative Leistungsträgerin dringend gebraucht. Der Bedarf nach all dem ist groß.

Aktuell machen es die Folgen und seelischen Kollateralschäden der Pandemie überdeutlich. Eine solche Entwicklung hätte man zu den Aufbruchzeiten des Zweiten Vatikanischen Konzils mit dem Anspruch des *aggiornamento* von Papst Johannes XXIII. nicht für möglich gehalten.

Nein, das alles ist nicht allein die Schuld des Kölner Kardinals Rainer Maria Woelki, der gleichwohl leider ungeschickt agierend durch sein aus der Zeit gefallenes Auftreten und unglückliches Verhalten den Unmut und sogar den Zorn vieler Kirchenmitglieder, vor allem Betroffener auf sich zog; auch jetzt kam von ihm kein bereuendes Wort der Entschuldigung. Woelki erscheint entweder nicht oder schlecht

beraten worden zu sein – oder ist einfach beratungsresistent. Gutes Krisenmanagement und der Rückgewinn von Vertrauen nach beklagenswerten Fehlentwicklungen funktioniert bekanntlich anders. Wer hat sich nicht alles schon von tiefen Krisen und eklatanten Imageschäden letztlich wieder erholt.

Das am Donnerstag endlich veröffentlichte Kölner Rechtsgutachten offenbart „systembedingte bzw. -inhärente innerkirchliche Vertuschungsmuster“ und liefert die traurigen Zahlen der Missbrauchsfälle, die scharf zu verurteilen und gründlich und endlich aufzuarbeiten sind. Woelki selbst sind keine juristischen Pflichtverletzungen nachzuweisen, was bei seiner langjährigen Nähe zu Kardinal Joachim Meisner verwundert.



CARL KAUF

ist gebürtiger Kölner, gläubiger katholischer Laie und Initiator von *katholischer-klartext.de*. Er arbeitete als Banker, saß für die CDU in der Bremischen Bürgerschaft und hat kirchennahe Ehrenämter inne.

Andere werden sich rechtfertigen oder gehen müssen – der einstige Weihbischof in Köln und heutige Hamburger Bischof Stefan Heße etwa. Auf die oft als Relativierung angeführte Gleichheit im Unrecht parallel zum inakzeptablen Missbrauch in der übrigen Gesellschaft kann sich die Geistlichkeit („Brüder im Nebel“, so einst Meisner) nicht berufen. Die zunehmende Kritik betrifft u.a.

- teils absolutistisches Gehabe in einer undemokratisch verfassten Institution,
- die männliche Dominanz und ausdrücklich vom Vatikan als „auf ewig“ proklamierte Ungleichbehandlung von Frauen,
- die Intransparenz in Bezug auf Vermögenswerte und Finanzströme sowie
- die wirklichkeitsferne priesterliche Lebensform und die teils vorgegaukelte Einhaltung des Pflichtzölibats.

Im Jahr des ökumenischen Kirchentags ist die vatikanische Zurückweisung der dem Gewissen der Gläubigen freigestellten Eucharistiegemeinschaft der Konfessionen ein echter Affront. Gleiches gilt für die immer noch verwehrt bloße Segnung homosexueller Paare, denen unverhohlen noch immer „Sünde“ vorgeworfen wird. Ein evangelisch-reformierter Bremer Pastor wurde jüngst genau deswegen erstin-

stanzlich wegen Volksverhetzung verurteilt. Ob ausgerechnet aus dem Glashaus Vatikan Steine auf jene Mitbrüder und -schwestern im Glauben geworfen werden sollten, ist auch jenseits der *Pride*-Bewegung durchaus fragwürdig.

Im hiesigen Kirchensteuerland erscheinen einem die katholischen Kleriker teilweise wie Hohepriester, Pharisäer und Zöllner in einem. Und der Staat und seine Repräsentanten halten sich diskret und anscheinend unbetroffen angesichts nicht zu leugnender Diskriminierung und Kriminalität vornehm, aber unverständlicherweise zurück.

Man liefert als Fiskus mittels der Finanzämter brav und bedingungslos die pekuniäre Mittelbasis. Bei 6,7 Milliarden Euro katholischer Kirchensteuer pro Jahr fehlt der nötige finanzielle Druck, den unzufriedene Mitglieder, etwa durch eine temporäre „Auszeit“, leicht ausüben könnten.

Die bisher nicht gefragte schweigende Mehrheit kann nun seit Anfang März dazu erstmals unkompliziert und anonym abstimmen: www.katholischer-klartext.de. Die Ergebnisse und die Quittung erhalten die Bischöfe Ende September zur Herbstvollversammlung in Fulda und der Vatikan in Rom. Ein „Weiter so und Amen“ darf es nicht geben.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadea.

Yes, Empathie

Ach, gäbe es doch nur so viel Impfstoff, wie derzeit Hot Takes zur Identitätspolitik kursieren. Bedauerlicherweise existieren nur Letztere im Überfluss, und Anhänger_innen einer progressiven Politik finden sich zum wiederholten Male in der merkwürdigen Position wieder, verteidigen zu müssen, dass man sich für grundsätzliche Menschenrechte einsetzt.

Besonders erbärmlich sind die Instrumentalisierungsversuche „der Arbeiter_innen“ zur Abwehr emanzipatorischer Bewegungen. Angeblich verstünden sie zum Beispiel die Welt nicht mehr, sobald irgendwo ein Gendersternchen funkt. Wer sein Bild von „den Arbeiter_innen“ aber nur in ihrer Bevormundung und in Abgrenzung zu gesellschaftlich unterdrückten Menschen entwickelt, sollte zuerst das eigene Politikverständnis überdenken. Das Streiten für soziale Gerechtigkeit für uns alle ist schließlich kein Verteilungskampf à la *Hunger Games*.

Identitätspolitik ist als politisches Instrument natürlich keine eierlegende Wollmilchsaue. Nehmen wir allein die Frauenquote: Sie schließt andere marginalisierte Geschlechter weiter aus. Angewandt auf eine AfD würde sie nichts verbessern, weil diese Partei eine zutiefst antifeministische Ideologie vertritt. Und eine Quote wird, ohne die soziale Herkunft zu berücksichtigen, vor allem bereits privilegierten Frauen nutzen – von denen wiederum nicht erwartet werden kann, reformbedürftige Strukturen durch bloße Anwesenheit völlig umzukrempeln. Als Werkzeug für Geschlechtergerechtigkeit kann etwas wie die Quote also nur ein Anfang sein – trotzdem muss er gemacht werden.

Identitätspolitik ist nicht unfehlbar, aber notwendig. Sie ist aus der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung marginalisierter Menschen geboren. Strukturell diskriminierte Menschen müssen stets Anwalt_innen ihrer eigenen Bedürfnisse sein. Ob Antisexismus, Antirassismus oder der Einsatz gegen Ableismus: Die schmerzliche Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass dies sonst kaum jemand anderes tun wird.

Was Kritiker_innen der Identitätspolitik (mal weniger, mal mehr und leider noch öfter mutwillig) missverstehen: Sie hat die großartige Kraft, uns einander näherzubringen. Sie fördert nämlich Empathie, den Blick aufs große Ganze, auf sich selbst und die Offenheit, das eigene Handeln im Fall der Fälle weiterzuentwickeln. So wie es einer Gesellschaft gebührt, die Solidarität nicht nur als reines Schlagwort umherwerfen will, sondern sie tatsächlich lebt.

Schwanenseher

Keine höhere Gewalt: Deutschland braucht einen besseren Katastrophenschutz | Von Oliver Rolofs

Hätte die Bundesregierung für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ein Wappentier zu vergeben, es wäre vielleicht ein „Schwarzer Schwan“ geworden. Jene Vogelgattung, die der US-Finanzmathematiker Nassim Nicholas Taleb zu einer Metapher für extrem unwahrscheinlich auftretende Ereignisse mit äußerst gravierenden Konsequenzen deklariert hat. Lange schien man in der Politik an solche Unwahrscheinlichkeiten geglaubt zu haben, auch aus Bequemlichkeit. Seit einem Jahr erfährt Deutschland in der Corona-Pandemie schmerzhaft, was passieren kann, wenn man nicht vorbereitet ist.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll es nun ein neu geordneter Bevölkerungsschutz richten, um solche „Schwarze Schwäne“ rechtzeitig zu domestizieren und Krisenlagen besser zu managen. Diese Woche stellte Bundesinnenminister Horst Seehofer gemeinsam mit dem neuen BBK-Präsidenten Armin Schuster ein entsprechendes Konzept zur Neuausrichtung des Bundesamtes vor.

Damit Deutschland auf Dürren, Cyberangriffe und Gesundheitskrisen wie die Corona-Pandemie künftig besser vorbereitet ist, soll seine Behörde mehr Aufgaben übernehmen. Ziel sei es, die Länder und das Bundesgesundheitsministerium beim Krisenmanagement sowie bei der Schaffung nationaler Reserven stärker zu unterstützen. Doch ein großer Wurf ist das nicht, denn es behebt nicht das strukturelle Grunddilemma einer fehlenden Risiko- und Sicherheitskultur von Staat und Politik.

Zu lange haben sich Bund und Länder auf die Unwahrscheinlichkeit bestimmter Katastrophenszenarien und ein unbedarftes Sicherheitsgefühl nach dem Ende des Kalten Krieges verlassen. Für die risikoaverse Politik in unserem Land

diente der „Schwarze Schwan“ lange als gute Ausrede dafür, angesichts des angeblich Undenkbaren lieber einer Maxime der Unbekümmertheit im tagespolitischen Trott zu folgen. Vorausschauendes Risikomanagement? Doch nicht gleich den Teufel an die Wand malen. Das würde das bundesrepublikanische Wohlfühlmodell nur unnötig verunsichern.

Bis die Corona-Pandemie mit voller Wucht einschlug. Die fehlende Risikovorsorge und eine kaum ausgeprägte Resilienzfähigkeit haben Bund, Länder und ihre überregulierte und dysfunktionale Staatsbürokratie vor den Offenbarungseid gestellt. Man fragt sich schon, was eigentlich in all den Jahren die vielen Beauftragten für den Bürokratieabbau gemacht haben? Die Folgen sind schwerwiegend: Auch nach einem Jahr paralyisiert der Pandemie-Dauerkrisenzustand die Bundesrepublik. Noch schlimmer: Es hat zu einem massiven Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit von Politik und Staat geführt. So wurden, wie es der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Münchener Rück, Nikolaus von Bomhard, einmal treffend kritisierte, aus menschlichem Versagen höhere Gewalt, aus Leichtsinns Pech und aus Verantwortungslosigkeit Schicksal.

Man war gewarnt. Das BBK hatte schon vor vielen Jahren in Übungsszenarien eine klare Vorstellung davon, welche Folgen eine solche Pandemie haben kann. Genau so die 2015 unverständlicherweise vom damaligen Innenminister Thomas de Maizière aufgelöste Schutzkommission des Bundes, die bereits 2012 vorausschauend den inzwischen vielfach zitierten Pandemie-Vorsorgeplan verfasste. Gelesen wurde er allenfalls von Experten, ansonsten mit freundlichem Desinteresse der Politik bedacht. Die Überraschung: Pandemien sind kein „Schwarzer Schwäne“, sondern haben eine statistische Wiederkehrperi-



Bau auf, bau auf, Technisches Hilfswerk, bau auf! Für ein besseres Impfzentrum richten wir die Heimat auf!

de von weniger als 25 Jahren, wie etwa die Beispiele Ebola oder die erste sogenannte „Vogelgrippe“ 2006 zeigten.

Auch nach dem Pandemie-Ausbruch kam man nicht auf die Idee, die Kompetenzen des BBK abzurufen – diverse Krisenstäbe in Bund und Ländern haben diese Aufgabe übernommen und ein beispielloses Kompetenzwirrwarr produziert. Eine koordinierende Rolle des BBK wäre hilfreich gewesen. Dies resultiert auch aus einem nicht mehr zeitgemäßen



OLIVER ROLOFS

ist Managing Partner der Münchner Strategieberatung *connecting trust* und Oberstleutnant der Reserve. Er war langjähriger Kommunikationschef der Münchner Sicherheitskonferenz.

staatsrechtlichen Verständnis. Der Bund hat nur die Aufgabe, die Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren zu schützen. Für den Schutz vor großen Unglücken und Katastrophen in Friedenszeiten sind dagegen die Länder zuständig – eine Karte, die stets mit großer Verve in den Ministerpräsidentenkonferenzen ausgespielt wird.

Was sind nun die Folgen? Der Bevölkerungsschutz muss institutionell gestärkt und die 2015 aufgelöste Schutzkommission neu aufgelegt werden, verbunden mit der Pflicht, die Prognosen einmal im Jahr im Bundestag zu debattieren. Im gleichen Zuge muss der Bundessicherheitsrat zu einem Nationalen Sicherheitsrat ausgebaut werden, der potenzielle Gefahren und Risiken vorausschauend erfasst sowie über interdisziplinäre Risikomanagement-Kompetenzen verfügt. Politik denkt und ist häufig noch linear und kurzfristig. Insbesondere exponentielle Verläufe wie der Klimawandel oder die Pandemie

sind abstrakt, sind erst langsam, dann so beschleunigt, dass die Politik nicht mehr rechtzeitig reagieren kann

Der Bevölkerungsschutz der Zukunft beruht auf Pragmatismus von Staat und einer entbürokratisierten Verwaltung, in der öffentlich-private Partnerschaften die Lücken der staatlichen Daseinsvorsorge im Katastrophenfall füllen. Das derzeitige Impf-Chaos zeigt, Staat und Verwaltung haben sich in ihrer Selbstgefälligkeit völlig verhöhnt. Sie brauchen dringend Hilfe – von denen, die über Kompetenzen bei der Beschaffung, Bereitstellung, Logistik, Planung und dem Management von Großprojekten verfügen, seien es Logistikkonzerne, Pharmafirmen oder die Bundeswehr.

Was in den USA (inzwischen!) gelingt, müsste künftig auch in Deutschland möglich sein. Die operative Umsetzung der Impfbeschaffung unterliegt dort nicht dem Gesundheitsminister, sondern einem General und Logistikexperten der US-Streitkräfte. Politik, Pharma-Unternehmen und Militär bündeln hocheffizient ihre Kompetenzen. Das Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft entfaltet in den USA seine Wirkung: Vier Millionen Impfdosen pro Tag werden landesweit verimpft, während Deutschland mit aktuell rund 230 000 täglichen Impfungen deutlich im Rückstand ist.

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz schien lange ein Nischenthema zu sein. Die Aussicht, darüber im Herbst die Bundestagswahl verlieren zu können, sollte die Parteien der Großen Koalition zum Handeln treiben. Jetzt aber wirklich.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter